

I-ET · Hilferstrasse 3 · 3000 Bern 65

Bundesamt für Energie
Sektion NE
3003 Bern

Per E-Mail an: strategie-stromnetze@bfe.admin.ch

Bern, 13. März 2015

Vernehmlassung Strategie Stromnetze – Stellungnahme der SBB.

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Gelegenheit, im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zur Vorlage und dem dazugehörendem erläuternden Bericht der Strategie Stromnetze Stellung nehmen zu können. Die detaillierten Änderungsanträge zu den einzelnen Artikeln und der ausgefüllte Fragekatalog sind in der Beilage zusammengestellt.

Für die SBB als Eigentümerin und Betreiberin des mit der Frequenz 16,7 Hz und auf der Spannungsebene 132 kV betriebenen Übertragungsnetzes der schweizerischen Eisenbahnen ist die Vorlage von grosser Bedeutung. Einerseits für Übertragungsleitungen, die vollständig oder überwiegend dem Eisenbahnbetrieb dienen und dem Eisenbahngesetz unterstellt sind, sowie andererseits für Übertragungsleitungen der Eisenbahn, die gemeinsam mit einer Anlage der allgemeinen Stromversorgung 50 Hz als Gemeinschaftsleitung erstellt sind und dem Elektrizitätsgesetz unterstehen. Nur der ausreichende und zeitgerechte Ausbau des Übertragungsnetzes 16,7 Hz der schweizerischen Eisenbahnen durch Ringschlüsse, Netzverstärkungen und dem Ausbau von Anbindungen an die allgemeine Stromversorgung 50 Hz kann den volkswirtschaftlichen Anforderungen an einen sicheren Eisenbahnbetrieb gerecht werden.

Die SBB als Mitglied des Beirats Energienetze konnte sich bereits bei der Bearbeitung der Vorlage bzw. dem erläuternden Bericht der Strategie Stromnetze aktiv einbringen. Für die eingeräumte Mitarbeit möchten wir uns an dieser Stelle bedanken. Die aus unserer Sicht wichtigen Punkte sind im erläuternden Bericht unter *1.2.2 Leitlinien für den Um- und Ausbau der Elektrizitätsnetze* aufgenommen und dargelegt:

- Punkte 4 und 5
Einbezug der SBB bei der Bedarfsermittlung sowie bei der langfristigen und überörtlichen Koordination von Stromnetzen und Raum (Art. 9e und Art.22 Abs. 2^{bis} StromVG).

- Punkt 6
Dass die Übertragungsleitungen der SBB - wie die Anlagen der Netzebene 1 - von Gesetzes wegen als im nationalen Interesse stehend gelten (Art. 15d EleG).
- Punkte 7, 8 und 9
Dass bei 16,7 Hz-Stromnetzen, aufgrund der Resonanzproblematik, nur noch eine sehr eingeschränkte Möglichkeit zur Erdverkabelung besteht und die SBB bezüglich Verkabelungsanteil die vorhandenen betrieblichen sowie system- und stabilitätsmässigen Spielräume bereits heute ausschöpft (Art. 15b und 15c EleG).


Im Weiteren liegt auch die angestrebte Beschleunigung der Bewilligungsverfahren für Leitungsvorhaben des Übertragungsnetzes mit einer Verkürzung der Verfahrensdauer von heute durchschnittlich 5 bis 13 Jahre auf zukünftig 4 bis 8 Jahre ganz im Interesse der SBB bzw. der schweizerischen Eisenbahnen.

Wir bedanken uns für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme. Bei Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse



Jon Bisaz
Leiter Energie, Telecom & Elektroanlagen
Mitglied der Geschäftsleitung Infrastruktur



Dr. Bernhard Meier
Delegierter Public Affairs und Regulation

Beilagen:

- Vernehmlassung Strategie Stromnetze – Stellungnahme SBB
- Fragekatalog

Vernehmlassung Strategie Stromnetze - Stellungnahme SBB

Vorlage	Bemerkung SBB	Antrag SBB
<p>Art. 3^{bis} EleG</p> <p>² Der Bund erhebt von den Netzbetreibern angemessene Gebühren für erhebliche Leistungen, welche die Kantone gemäss den Leistungsvereinbarungen nach Artikel 9f Absatz 2 des Stromversorgungsgesetzes erbringen.</p>	<p>Die Öffentlichkeitsarbeit der Kantone soll nicht mit Gebührenerhebungen finanziert werden.</p>	<p>Absatz 2 von Art. 3^{bis} EleG streichen.</p>
<p>Art. 15b EleG</p> <p>¹ Eine neue Leitung des Übertragungsnetzes auf der Spannung 220 kV und höher kann als Freileitung oder Erdkabel erstellt werden.</p>	<p>Stellt das Übertragungsnetz der Netzebene 1 (NE 1) auf dieselbe Stufe wie NE 3 und NE 5.</p>	<p>Art. 15b EleG</p> <p>¹ Eine neue Leitung des Übertragungsnetzes auf der Spannung 220 kV und höher ist in der Regel als Freileitung, ausnahmsweise als Erdkabel zu erstellen.</p>
<p>Art. 15b EleG</p> <p>³ Die betroffenen Betreiber von Verteilnetzen führen die Ersatzmassnahmen aus; sie werden dafür vom Übertragungsnetzbetreiber voll entschädigt. Der Bundesrat regelt die Einzelheiten.</p>	<p>Die betroffenen Betreiber dürfen nach der Ausführung der Ersatzmassnahmen finanziell weder besser noch schlechter gestellt sein als wenn diese nicht ausgeführt wären. Mehrwerte die durch die Ersatzmassnahmen entstehen sind vom betroffenen Betreiber zu übernehmen (z.B. Mehrkosten durch gleichzeitige Spannungserhöhungen; Erhöhung der Transportkapazität; Verlängerung der Lebensdauer der Anlage; etc.).</p>	<p>Art. 15b EleG</p> <p>³ Die betroffenen Betreiber von Verteilnetzen führen die Ersatzmassnahmen aus; sie werden dafür vom Übertragungsnetzbetreiber <i>in der Höhe der effektiven Mehrkosten für die Ersatzmassnahmen</i> entschädigt. Der Bundesrat regelt die Einzelheiten.</p>
<p>Art. 15c EleG</p> <p>¹ Eine Leitung des Verteilnetzes, die neu erstellt, ersetzt, erneuert oder ausgebaut wird, ist als Erdkabel auszuführen, sofern dies technisch möglich ist und die durch die Erdverkabelung entstehenden Kosten im Vergleich zur Erstellung</p>	<p>Erneuerungen und Ausbauten die der Erhaltung und Aktualisierung einer Leitung im Rahmen der normalen Lebensdauer dienen (z.B. Vogelschutz, Spannungserhöhung, Montage von Doppel-Kettenisolatoren, Anbringen von Telecomanlagen, etc.), sollen nicht systematisch zu einer</p>	<p>Art. 15c EleG</p> <p>¹ Eine Leitung des Verteilnetzes, die neu erstellt, ersetzt, <i>wesentlich</i> erneuert oder ausgebaut wird, ist als Erdkabel auszuführen, sofern dies technisch <i>und betrieblich</i> möglich ist und die durch die Erdverkabelung entstehenden Kosten</p>

Vorlage	Bemerkung SBB	Antrag SBB
einer neuen beziehungsweise Veränderung einer bestehenden Freileitung einen bestimmten Faktor (Mehrkostenfaktor) nicht übersteigen.	Prüfung für eine Erdverlegung führen.	im Vergleich zur Erstellung einer neuen beziehungsweise Veränderung einer bestehenden Freileitung einen bestimmten Faktor (Mehrkostenfaktor) nicht übersteigen.
Art. 15c EleG ³ Der Bundesrat kann vorsehen, dass auch bei einer Überschreitung des Mehrkostenfaktors eine teilweise oder vollständige Erdverkabelung vorgenommen werden muss, wenn damit eine erhebliche Entlastung des unmittelbar betroffenen Gebiets erzielt werden kann.	Hier besteht die Gefahr von unwirksamen Paragraphen. Wenn die Ausnahmen in der Verordnung nicht absolut eindeutig definiert sind, drohen bei jedem Freileitungs- oder Kabelprojekts Einsprachen.	Absatz 3 von Art. 15c EleG streichen.
Art. 15e EleG ² Der Bundesrat regelt die Ausnahmen von der Sachplanpflicht.	Im Gesetz soll festgehalten werden, dass die Sachplanpflicht nur für Netzebene 1, nicht jedoch für Netzebene 3 gilt.	Art. 15e EleG ² <i>Die Sachplanpflicht besteht nur für Netzbauprojekte der Netzebene 1.</i> Der Bundesrat regelt weitere Ausnahmen von der Sachplanpflicht.

Strategie Stromnetze

Vernehmlassungsvorlage

Fragenkatalog

Antwortende Organisation:

Schweizerische Bundesbahnen (SBB)

Inhalt

Szenariorahmen	2
Bedarfsermittlung	2
Nationales Interesse	5
Räumliche Koordination	5
Bewilligung Projekte	6
Überprüfung Kosteneffizienz	8
Öffentlichkeitsarbeit	8
Geodaten	8

Anleitung zum Ankreuzen der Fragekästchen:

- Nur eine Antwort pro Frage ankreuzen
- Doppelklick auf Kästchen und anschliessend „Aktiviert“ anklicken.

Szenariorahmen

1. Sind Sie damit einverstanden, dass der energiewirtschaftliche Szenariorahmen zukünftig als verbindliche Vorgabe für die Netzplanung durch die Netzbetreiber gesetzlich verankert werden soll?

Art. 9a Abs. 1 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.1 sowie 2.2 (Szenariorahmen)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

2. Sind Sie damit einverstanden, dass eine fixe Periodizität für die Überprüfung und die Nachführung des energiewirtschaftlichen Szenariorahmens gesetzlich verankert wird?

Art. 9a Abs. 4 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.1 sowie 2.2 (Szenariorahmen)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

3. Sind Sie damit einverstanden, dass 5 Jahre die richtige Periodizität für die Überprüfung und Nachführung des energiewirtschaftlichen Szenariorahmens ist?

Art. 9a Abs. 4 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.1 sowie 2.2 (Szenariorahmen)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Bedarfsermittlung

4. Sind Sie damit einverstanden, dass das N-O-V-A-Prinzip (Netz-Optimierung vor -Verstärkung vor -Ausbau) als Teil der technischen Netzplanungsgrundsätze gesetzlich verankert wird?

Art. 9d Abs. 2 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Planungsgrundsätze)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

5. Sind Sie mit der Definition des Einspeisepunktes für neue Produktionsanlagen einverstanden?

Art. 9c StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Planungsgrundsätze)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

6. Sind sie damit einverstanden, dass die Netzbetreiber der Netzebenen 3-7 bei der Bedarfsermittlung für einen angemessenen Einbezug der betroffenen Kantone, Gemeinden sowie weiterer Betroffene zu sorgen haben?

Art. 9e Abs. 2 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Koordination der Planung)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

7. Erachten Sie es als notwendig/sinnvoll, wenn für die Einreichung der Mehrjahrespläne durch die Netzbetreiber an die ElCom eine Frist gesetzlich verankert wird?

Art. 9b Abs. 1 StromVG

Erl. Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Koordination der Planung)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

8. Falls 7: ja; sind Sie damit einverstanden, wenn für die Einreichung der Mehrjahrespläne durch die Netzbetreiber an die ElCom eine Frist von 9 Monaten gesetzlich verankert wird? Falls nein, welche Frist (Anzahl Monate) erachten Sie als angemessen (bitte präzisieren)?

Art. 9b Abs. 1 StromVG

Erl. Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Koordination der Planung)

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

9. Sind Sie damit einverstanden, dass die ElCom zukünftig die Mehrjahrespläne der Netzbetreiber prüfen und eine schriftliche Stellungnahme abgeben muss?
Bemerkung: Gemäss Art. 6 Abs. 1 lit. a StromVV sind die Verteilnetzbetreiber für Netze mit einer Spannung von 36 kV (Netzebenen 5 und 7) und weniger von der Erstellung von Mehrjahresplänen befreit, dementsprechend sind nur die Übertragungsnetzbetreiber und die Verteilnetzbetreiber betreffend die Netzebene 3 zur Erstellung von Mehrjahresplänen verpflichtet.

Art. 22 Abs. 2^{bis} StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Aufgaben)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

10. Erachten Sie es als notwendig/sinnvoll, wenn für die Prüfung der Mehrjahrespläne durch die ElCom eine Frist gesetzlich verankert wird (nach Einreichung)?

Art. 22 Abs. 2^{bis} StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Aufgaben)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

11. Falls 10: ja; sind Sie damit einverstanden, wenn für die Prüfung der Mehrjahrespläne durch die ElCom eine Frist von 9 Monaten nach Einreichung gesetzlich verankert wird? Falls nein, welche Frist (Anzahl Monate) erachten Sie als angemessen (bitte präzisieren)?

Art. 22 Abs. 2^{bis} StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Aufgaben)

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Nationales Interesse

12. Erachten Sie es als zielführend, dass die Anlagen des Übertragungsnetzes von Gesetzes wegen von nationalem Interesse sind und der Bundesrat weiteren Anlagen der Verteilnetze von hoher Spannung (Netzebene 3) eine Bedeutung von nationalem Interesse zuerkennen kann?

Art. 15d Abs. 2 und 3 EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.3 sowie 2.1

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Räumliche Koordination

13. Sind Sie damit einverstanden, dass für die Erstellung von Leitungen der Netzebene 1 auch in Zukunft grundsätzlich ein Sachplanverfahren durchgeführt werden muss?

Art. 15e EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.4 sowie 2.1

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

14. Erachten Sie es als notwendig, dass das bisher auf Verordnungsebene geregelte 2-stufige Sachplanverfahren (1. Schritt: Festsetzung Planungsgebiet, 2. Schritt: Festsetzung Planungskorridor und Bestimmung Übertragungstechnologie) neu auf Stufe Gesetz festgehalten wird? (bisher: Art. 1a – 1d der Verordnung über das Plangenehmigungsverfahren für elektrische Anlagen; SR 734.25; VPpA)

Art. 15e – 15j EleG

Erläuternder Bericht 1.2.2.4 sowie 2.1

☒ notwendig ☐ nicht notwendig ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Klare Vorgaben führen zu einer Verkürzung bzw. Beschleunigung der Bewilligungsverfahren.

Bewilligung Projekte

15. Erachten Sie es als zielführend, wenn für die Bewilligung von Leitungen des Übertragungsnetzes eine direkte Zuständigkeit des BFE vorgesehen wird?

Bemerkung: Im Rahmen der Strategie Stromnetze ist bislang noch keine Anpassung des betreffenden Artikels (Art. 16 Abs. 2 lit. b EleG) vorgesehen, sodass das BFE auch für Leitungen des Übertragungsnetzes (Netzebene 1) nur zuständig wird, sofern das Eidgenössische Starkstrominspektorat ESTI Einsprachen nicht erledigen oder Differenzen mit den beteiligten Bundesbehörden nicht ausräumen konnte.

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Dient der Verkürzung bzw. Beschleunigung der Bewilligungsverfahren.

16. Halten Sie es für notwendig, dass Leitungstrassen zur Sicherstellung von Aus- oder Umbauten einer bestehenden Leitung langfristig mit Baulinien gesichert werden können?

Art. 18b EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

17. Wie beurteilen Sie die Möglichkeit, dass das BFE verwaltungsexterne Personen mit der Durchführung von Plangenehmigungsverfahren beauftragen kann?

Art. 17a EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☐ zielführend ☒ nicht zielführend ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

18. Ist es aus Ihrer Sicht zielführend, dass die Genehmigungsbehörde auf Antrag der Übertragungsnetzbetreiberin Massnahmen auf unteren Netzebenen (wie Bündelung, Verkabelung) anordnen kann?

Art. 15b Abs. 2 EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☒ zielführend ☐ nicht zielführend ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die Kostenaufteilung muss dabei klar sowie verursacher- und leistungsgerecht geregelt sein.

19. Sind Sie der Meinung, dass ein Mehrkostenfaktor (Mehrkosten der Realisierung von Leitungsprojekten als Kabelvariante anstatt als Freileitung) eine geeignete und effiziente Massnahme für einen zeitgerechten Aus- und Umbau der Verteilnetze (NE 3-7) darstellt ?

Art. 15c EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Klare Regelung die Planungssicherheit gibt – siehe auch Frage 21

20. Sind Sie damit einverstanden, dass für den Mehrkostenfaktor eine gesetzliche Obergrenze festgelegt wird und die Festlegung des Mehrkostenfaktors unter Berücksichtigung definierter Kriterien (Verkabelungsgrad, Netznutzungsentgelt, Technologieentwicklung, Kosten Erdverkabelung) an den Bundesrat delegiert wird?

Art. 15c Abs. 2 EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

21. Sind Sie mit der in Art. 15c Abs. 3 und Abs. 4 EleG formulierten Ausnahmeregelung bei der Festlegung des Mehrkostenfaktors einverstanden?

Art. 15c Abs. 3 und Abs. 4 EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Unklare Regelung; bringt keine Planungssicherheit - siehe auch Frage 19.

22. Sollten aus Ihrer Sicht weitere Massnahmen zur Optimierung/Beschleunigung der der Bewilligungsverfahren ergriffen werden?

(Wenn Ja, bitte konkrete Vorschläge angeben)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Konkrete Vorschläge / Bemerkungen:

Die Rollen und Aufgaben der in den Sachplanverfahren Beteiligten Stellen (Fachstellen,

Kantone, Begleitgruppen) sind klar zu definieren.

Überprüfung Kosteneffizienz

23. Sind Sie damit einverstanden, dass die Kosten der Netzbetreiber für Informationsmassnahmen anrechenbar sind?

Art. 15 Abs. 2 Bst. d StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.7 sowie 2.2 (Anrechenbare Netzkosten)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

24. Inwiefern erachten Sie die Anrechenbarkeit von Kosten innovativer Massnahmen für intelligente Netze (bspw. Smart Grids) vor dem Hintergrund der Energiestrategie 2050 des Bundesrates als zielführend?

Art. 15 Abs. 3 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.7 sowie 2.2 (Anrechenbare Netzkosten)

☒ zielführend ☐ nicht zielführend ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Öffentlichkeitsarbeit

25. Wie beurteilen Sie die gesetzliche Verankerung der Kompetenz des Bundes und der Kantone zur Information der Öffentlichkeit über zentrale Aspekte der Netzentwicklung und über die Mitwirkungsmöglichkeiten?

Art. 9f StromVG

Erläuternder Bericht 2.2 (Netzentwicklung und Öffentlichkeitsarbeit)

☒ zielführend ☐ nicht zielführend ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Geodaten

26. Erachten Sie es als sinnvoll, dass das BFE eine Gesamtsicht der elektrischen Anlagen erstellt und diese der Öffentlichkeit zur Verfügung stellt?

Art. 26a EleG

Erläuternder Bericht 2.1 sowie 5.5

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Sicherheitsaspekte müssen gewahrt bleiben.